

(Dr. Bajohr [GRÜNE])

- (A) daß behinderte und nichtbehinderte Kinder gemeinsam zur Schule gehen, gemeinsam spielen und gemeinsam lernen sollen. Dafür brauchen wir entsprechend ausgestattete Schulen, dafür brauchen wir eine angemessene Zahl einschlägig ausgebildeter Lehrkräfte.

Niemand von uns wollte auf diesem Weg die Übereinkunft zwischen den Koalitionsfraktionen unterlaufen, die vorsah, keine Ausweitung der Stellenpläne zuzulassen. Deshalb haben wir ange-regt, das Mehr von 35 Stellen, das wir für den Ausbau der integrativen Beschulung behinderter Kinder dringend bräuchten, durch die Ausbrin-gung einer entsprechenden Zahl von kw-Vermer-ken beim Verfassungsschutz zu decken.

(Reinhold Trinius [SPD]: Ein untauglicher Versuch!)

Aber an diesem Reformprogramm "Lehrkräfte statt Schlapphüte" wollten sich unsere sozialde-mokratischen Freundinnen und Freunde leider nicht beteiligen. Das ist bedauerlich - bedauerlich für die vielen behinderten Kinder im Land und für deren Eltern, die zu Recht auf unsere Hilfe hoffen.

- (B) Nicht akzeptiert wurden ferner bündnisgrüne Sparvorschläge, die sich zum Teil ebenfalls auf den Personalhaushalt ausgewirkt hätten. Erwähnt sei hier die Abschmelzung der Ministerialzulage, die Verlängerung der Stellenbesetzungssperre, die Absenkung der Besoldung von Behördenleiterin-nen und -leitern. Wir hätten damit in etwa 70 Millionen Mark erwirtschaften können. Leider hat auch hier bei unserem Koalitionspartner der Mumm zum Sparen gefehlt. Wir hoffen zu-versichtlich, daß dies anders werden wird, Kolle-ge Trinius.

Wir stimmen den Stellenplänen zu und interpretie-ren das Schweigen der CDU ebenfalls als Zustim-mung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Kollege Dr. Bajohr. - Zu Nummer 8 unserer Beratun-gen - Stellenpläne - gibt es keine weiteren Wort-meldungen. Ich schließe deshalb diesen Bereich ab.

Eine Abstimmung ist nicht notwendig, denn die Abstimmung über die Stellenpläne ist ja, wie Sie

wissen, in die Abstimmung über die Einzelpläne (C) und das Haushaltsgesetz 1997 eingebunden.

Ich rufe **Nummer 9** auf:

**Einzelplan 02: Ministerpräsident und Staatskanzlei**

Ich verweise auf die **Beschlußempfehlung Druck-sache 12/1602** und **eröffne die Beratung**. Das Wort hat der Abgeordnete Grätz für die Fraktion der SPD.

**Reinhard Grätz (SPD):** Herr Präsident! Meine Da-men und Herren! Einzelplan 02 - das sind etwa 120 Millionen DM, ein gutes Promille unseres Haushaltes. Daran wird schon deutlich: Es sind nicht die finanziellen Dimensionen des Einzelplans 02, die ihm Gewicht geben, sondern er ist eben von politischem Interesse. Wir haben das heute morgen schon gehört.

An diesen 120 Millionen ist die Staatskanzlei mit weniger als der Hälfte beteiligt. Wenn man auf die Positionen herunterrechnet, die gelegentlich im Hauptausschuß ein wenig angegriffen wer-den - diesmal war das ja wegen der Diskussions-enthaltung der Opposition kaum der Fall -, stellt man zum Beispiel, Herr Ministerpräsident, fest, daß das Landespresseamt in seinen Mitteln um etwa ein Promille aufgestockt wird - um 5 000 Mark, man höre und staune. (D)

Ich will damit zum Ausdruck bringen: Ministerprä-sident, Staatskanzlei, Landespresseamt sind alles Einrichtungen, deren Haushaltsvolumen seit Jah-ren überrollt wird, im Unterschied übrigens - auch das wird ja auf Anforderung seit Jahren vorge-legt - zu einigen Staatskanzleien in CDU-regierten Bundesländern, die mit Mitteln in diesen Abtei-lungen viel üppiger zu Werke gehen.

Wenn man weiter geht, könnte man auch den Vergleich herstellen - weil die gut drei Millio-nen DM, die für das Landespresseamt Jahr für Jahr im Haushalt stehen, ja ein gern diskutierter Posten sind -: Das Bundespresseamt wendet jähr-lich etwa das Hundertfache von dem Betrag auf, der in diesem großen Bundesland Nordrhein-West-falen aufgewandt wird. Da könnte einem in der Tat etwas schwindelig werden, wenn man sich die Beträge auf Bundesebene ansieht.

(Grätz [SPD])

(A) Andere Positionen im Bereich des Ministerpräsidenten, die für uns von Bedeutung sind, sind etwa die 5 Millionen DM für die Akademie der Wissenschaften. Es ist gut angelegtes Geld. Gleichwohl begrüße ich, daß gerade in den letzten Tage aus der Akademie zu hören war, daß man künftig noch stärker jüngere Wissenschaftler heranziehen wolle, um an der Arbeit der Akademie teilzunehmen. Auch eine solche Akademie sollte sich - und das ist offenbar auch künftig nicht der Fall - nicht nur als Honoratiorenakademie verstehen. Ich begrüße das ausdrücklich.

Eine andere wichtige Position ist die "Internationale Zusammenarbeit". Hier hat es eine Kürzung von rund 23 auf 21 Millionen DM gegeben. Gleichwohl, viele von Ihnen haben einzelne Projekte in den letzten Jahren gesehen. Diese freiwillige Leistung des Landes Nordrhein-Westfalen insbesondere in Osteuropa ist beispielhaft, und sie ist in der Tat in jeder Beziehung die beispielhafteste unter allen Bundesländern.

Nun hörte man heute morgen, daß die CDU eigentlich beim Haushalt 02 die politische Generaldebatte führen wollte. Das verstehe ich sogar ein wenig, insbesondere wenn ich daran denke, daß die CDU-Fraktion noch vor ein, zwei, drei Wochen mit einer Mischung aus Güte und Hämie die angeblichen Personalprobleme bei der SPD begleitet hat.

(B)

Allerdings - so ist das im Leben nun einmal - hat die CDU selbst in den letzten Tagen eine Personaldiskussion erteilt, sei es, daß diese Personaldiskussion tatsächlich durch Führungsquerelen innerhalb der NRW-CDU verursacht worden ist, was ich für das Wahrscheinliche halte, oder sei es nur aufgrund der Fürsorge der Medien, derer die CDU nun auch teilhaftig wird.

Ich will noch auf eine Haushaltsposition zurückkommen, Herr Ministerpräsident: die im letzten Jahr das erste Mal aufgetauchte Position für die KEF. 150 000 DM sind wieder ausgewiesen. Ich weiß nicht, ob das diesmal bei der neuen Aufgabenbestimmung der KEF reichen wird, wenn denn, wahrscheinlich morgen, der Staatsvertrag wirklich greifen sollte. Der Rundfunkstaatsvertrag ist ja nach den Meldungen der letzten Tage, auch von heute, noch nicht in trockenen Tüchern.

Dies ist ein weites Politikfeld, das in die Verantwortung des Ministerpräsidenten und der Staatskanzlei fällt, in dem es bei uns nicht darum geht - außer diesen 150 000 DM - große Finanzblöcke

zu bewegen, in dem es aber darum geht, Politik zu bewegen, was mit diesem Staatsvertrag geschehen sollte. Es wäre - weiß Gott! - eine Posse, wenn er aus völlig sachfremden Erwägungen in diesen Tagen scheitern sollte, die mit Koalitionen und Nicht-Koalitionen und Berücksichtigtsein und Nichtberücksichtigtsein in einem Bundesland zu tun haben - eine Posse, die allerdings in ihren medienpolitischen, auch medienwirtschaftlichen Auswirkungen für die Bundesrepublik Deutschland fast verheerend wäre, denn es wäre nicht möglich, innerhalb weniger Tage oder Wochen wieder einen solchen staatsvertraglichen Kompromiß auf den Weg zu bringen. (C)

Hier läge die Aufgabe der CDU-Opposition, ihren Freunden insbesondere in Sachsen-Anhalt zu sagen, was das vernünftige Gebot der Stunde ist, und daß man solchen Entscheidungen, die offenbar für die anderen 15 Partner in Ordnung sind, durch kleinkarierte landespolitische Überlegungen nicht zum Scheitern verhelfen darf. Ich möchte auch von hier aus noch einmal appellieren, daß das Menschenmögliche geschieht, damit dieser Staatsvertrag, der auch zu einem wesentlichen Teil die Länder legitimiert, auch in Sachsen-Anhalt noch ratifiziert wird und daß Vernunft einkehrt. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

(D)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Danke schön, Herr Kollege Grätz. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich das Wort dem Abgeordneten Appel.

**Roland Appel (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition! Von der Opposition sieht man hier nicht besonders viel.

(Zuruf von der SPD: Vor allen Dingen hört man nichts!)

Das hat auch seinen Grund. Herr Linssen hat heute morgen eine kurze Erklärung im Plenum abgegeben. Nun scheint Herr Linssen das, was manche Vorredner anlässlich der Einzeletats schon festgestellt haben, daß, wenn nämlich eine qualifizierte Auseinandersetzung mit den Haushaltsentwürfen der Landesregierung verweigert wird, dies unter Umständen ein Manko sein könnte, inzwischen auch erkannt zu haben.

(Appel [GRÜNE])

- (A) Ich weiß nicht, ob Ihnen bekannt ist, daß im Foyer ein Schreiben des Herrn Oppositionsführers mit Datum vom 11. Dezember verteilt wird, in dem Herr Linssen - mit Erlaubnis des Präsidenten zitiere ich daraus - die Besucher der Plenarsitzungen darauf hinweist, daß sich die CDU-Landtagsfraktion an den Beratungen nicht beteilige, weil sie einen solchen unverantwortlichen Finanzkurs der Regierung Rau nicht gutheißen könne.

(Beifall des Hermann-Josef Arentz [CDU])

- Herr Kollege Arentz, Sie klatschen. Ich werte das als Zustimmung dazu, daß sich auch die CDA an diesem ersten Schritt beteiligt - diese Zettel werden auch draußen vor dem Landtag an Besuchergruppen verteilt -, um die CDU endlich als außerparlamentarische Opposition in Nordrhein-Westfalen zu etablieren,

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

nachdem Sie die innerparlamentarische Auseinandersetzung mit Argumenten heute offensichtlich abstinent gestalten wollen. Wir werden das nicht tun.

- (B) Herr Arentz, liebe verbliebene Kollegen und Kolleginnen von der CDU, Sie haben es in unseren Reden gehört: Es gibt so das eine oder andere, wozu man auch in der Koalition durchaus nicht einer Meinung ist. Ich sage Ihnen dazu: Wir können Ihnen aber die Arbeit als Opposition nicht abnehmen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wenn Sie schon Ihre Sitzungsgelder anderswo und nicht hier am Orte verdienen bzw. nicht verdient haben, müßten die Bürgerinnen und Bürger eigentlich verlangen, daß Sie Ihren Oppositionszuschlag zurückgeben. Doppelte Arbeit werden wir hier nicht machen.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Appel, dürfen wir das einmal bekommen, was Sie zitiert haben, um es zu lesen?

(Roland Appel [GRÜNE]: Gerne! - Der Abgeordnete überreicht dem Präsidenten das Schreiben. - Beifall des Jamal Karsli [GRÜNE])

- (C) **Roland Appel (GRÜNE):** Die Abgeordneten sollen ja insgesamt zur Willens- und Meinungsbildung beitragen. Das kann innerhalb und außerhalb des Parlamentes stattfinden.

Beim Haushalt des Ministerpräsidenten habe ich übrigens auch erwartet, daß der Oppositionsführer - das ist ja in Bonn manchmal der Fall - hier seine große Stunde gesucht hätte. Das hat er offensichtlich nicht getan.

Vielleicht ist es aber auch bei dem Haushalt des Ministerpräsidenten, der ja nicht ein üppiger Haushalt ist, durchaus angebracht, zu einigen Punkten Stellung zu nehmen oder sie hervorzuheben, die zwar vom Betrag her durchaus nicht ins Gewicht fallen, die aber doch politische Effekte haben.

Ich möchte hier an das anknüpfen, was der Kollege Grätz gesagt hat. Wir finden in diesem Haushalt eben nicht nur die Förderung des Wissenschaftszentrums Nordrhein-Westfalen und der Akademie der Wissenschaften, sondern auch eine Titelgruppe mit 21 Millionen DM - Internationale Zusammenarbeit -, hinter der sich zu einem wesentlichen Teil Mittel dafür verbergen, was Nordrhein-Westfalen an Kontakten und an humanitärer Hilfe vor Ort zu leisten versucht hat und was es weiter leisten wird. Ich freue mich insofern, daß uns von seiten der Staatskanzlei, von Herrn Staatssekretär Frohn, versichert worden ist, daß trotz der enger werdenden Spielräume bei den 21 Millionen DM für internationale Zusammenarbeit durch eine Straffung und auch durch eine erhöhte Effektivierung der Projekte mit etwas geringeren Mitteln versucht werden wird, überall dort Hilfe im nächsten Jahr zu leisten, wo es in den letzten Jahren möglich gewesen ist. Wir hätten uns auch da gewünscht, daß es ein bißchen mehr geworden wäre. Wenn wir aber das gleiche mit geringeren Mitteln erreichen können, freue ich mich, wenn das am Ende dabei herauskommen würde.

(D) Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß dieser Haushalt auch einige wichtige qualitative Punkte enthält, die vielleicht hier und da nicht bekannt sind. So habe ich beim näheren Hinsehen gelernt, daß es dort einen Titel 681 00 gibt, der sich "Geldgeschenke aus Anlaß von Jubiläen und Mehrlingsgeburten sowie Belohnungen für Rettungen aus Lebensgefahr" nennt. Daß solche Auszeichnungen vergeben und auch entsprechende Geldgeschenke gemacht werden, z. B. für beson-

(Appel [GRÜNE])

(A) ders hilfsbereite Menschen, war mir bekannt. Daß das auch anlässlich von Mehrlingsgeburten geschieht und somit der Ministerpräsident auch einen Beitrag zur Verbesserung der demographischen Kurve in diesem Land leistet, wußte ich nicht. Ich finde das interessant. Das sollte doch an dieser Stelle einmal hervorgehoben werden.

An anderer Stelle findet sich - ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, den wir nennen sollten -, daß die Staatskanzlei nicht unerhebliche Zuschüsse an die Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Nordrhein-Westfalen gibt. Mir liegt besonders am Herzen hervorzuheben, daß diese Mittel über die Jahre hinweg beibehalten worden sind und daß damit ein wichtiger Beitrag geleistet wird, um heute die Schuld, die Deutsche durch die Verbrechen am jüdischen Volk auf sich geladen haben, ein Stück umzusetzen in einem neuen Zusammenleben, so daß bei dem, was niemals gesühnt und niemals überwunden werden kann, doch zumindest der Weg gesucht wird, daß gemeinsam Christen und Juden, die Deutschen jüdischen Glaubens, aber auch die vielen Eingewanderten, die aus der ehemaligen Sowjetunion zu uns kommen, hier nicht nur eine Heimat finden, sondern mit ihnen auch ein reger Dialog und daß eine wirkliche Integration stattfindet.

(B) Ich möchte auch den Zuschuß für die Erhaltung der Gedenkstätte in Auschwitz hervorheben. Das Land gibt 1997 100 000 DM mehr aus, nämlich 520 000 DM, um die Gedenkstätte in Auschwitz, ein Mahnmal, zu erhalten, das uns an den Holocaust, an die Brutalität und die Unmenschlichkeit des NS-Regimes erinnern muß, das Mahnung bleiben und deswegen erhalten bleiben und vor dem Verfall gerettet werden muß. Ich bedanke mich dafür, daß der Ministerpräsident sich hier einsetzt und daß wir auch von Nordrhein-Westfalen aus einen wichtigen Beitrag zur Aussöhnung leisten können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Lassen Sie mich zuletzt den Punkt der Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes erwähnen, auch ein Haushaltstitel unserer Staatskanzlei. Ich möchte in diesem Zusammenhang nicht versäumen, die oftmals auch schwierigen Auslandsbeziehungen anzusprechen, die auch ein Bundesland wie Nordrhein-Westfalen hat. Wir sind ja nicht außenpolitisch tätig. Das ist Sache des Bundes, auch wenn man manchmal nicht so recht weiß, wer da Außenminister ist, wo er gerade ist oder was er eigentlich gerade so macht. Aber ich den-

(C) ke, es ist wichtig, daß Nordrhein-Westfalen als stärkstes, als bevölkerungsreichstes Bundesland mit Partnern international zusammenarbeitet und insbesondere mit den Herkunftsländern der vielen Eingewanderten, die bei uns im Lande sind - über 10 % -, Beziehungen unterhält. Ein großer Teil von ihnen kommt aus der Türkei, und deswegen ist es richtig und wichtig, daß auch unser Bundesland Beziehungen mit der Türkei pflegt.

Allerdings möchte ich bei diesem Punkt auch die Gelegenheit wahrnehmen, kritisch darauf hinzuweisen, daß diese Beziehungen, die wir von unserer Seite aus pflegen wollen, immer stärker dadurch gefährdet werden, daß die türkische Regierung in den letzten Jahren an Kurden, aber auch anderen innerhalb ihres Gefängnis- und Justizsystems in zunehmendem Maße Menschenrechtsverletzungen begeht, und zwar inzwischen so offen, daß die Beziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und der Türkei im letzten Jahr dadurch empfindlich gestört worden sind, daß einer Delegation von Parlamentarierern aus dem nordrhein-westfälischen Landtag, die sich ein Bild über die Verhältnisse in der Türkei, über den Umgang mit Menschenrechten, über den Umgang mit Kurden in Kurdistan machen wollte, die Einreise verweigert wurde.

(D) Ich habe auch mit großer Besorgnis zur Kenntnis genommen, daß in diesem Jahr in einer Versammlung der sogenannten "Grauen Wölfe", einer rechtsextremistischen Organisation, nicht nur der türkische Generalkonsul, sondern auch der türkische Botschafter aufgetreten sind. Diese Art der türkischen Außenpolitik und die Unterstützung bestimmter extremistischer Gruppen bedeutet allerdings eine neue Qualität. Wir werden das in Zukunft in den gemeinsamen Gesprächen auch mit dem türkischen Botschafter, aber auch bei Türkeibesuchen entsprechend zur Sprache bringen. Wir können unsere Augen nicht vor dem verschließen, was da in der Türkei stattfindet.

An der Stelle bin ich dem Ministerpräsidenten nochmals dankbar, daß er beim Jubiläum des Zentrums für Türkeistudien auch sehr klare Worte zu diesen Dingen gefunden hat. Ich hoffe, daß wir in diesem Sinne gemeinsam den Einsatz für die Menschenrechte in der Türkei fortsetzen. Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(A) **Präsident Ulrich Schmidt:** Das Wort hat der Herr Ministerpräsident, Dr. Rau.

**Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will Sie nicht lange aufhalten und nur wenige Bemerkungen machen.

Ich finde es schön, Herr Kollege Appel, daß Sie die Mehrlinge entdeckt haben, für die wir Geld zahlen. Wir haben das nie offiziell bekanntgemacht, sondern es immer in den Haushalt eingestellt.

(Zuruf)

- "Mehrlinge" heißt mehr als Zwillinge. Ich weiß, daß viele solche Eltern in große Not geraten, denn eine solche Kinderzahl wirft viel mehr Probleme auf als drei Einzelkinder, und deren Probleme kenne ich wiederum. Ich bin deshalb froh darüber, daß wir hier helfen können.

Ich glaube auch, daß es falsch wäre, bei den Jubiläumsgeldern zu kürzen. Es gibt immer wieder die Gefahr, das zu tun. Selbst wenn es jemand nicht unbedingt nötig hat - er freut sich, wenn zum 100. Geburtstag oder zu anderen Anlässen ein Gruß der Landesregierung und des Bundespräsidenten kommt. Ich möchte diese Praxis gern beibehalten.

(B)

Ich teile Ihre Auffassung zu Fragen der Menschenrechte und habe mich dazu immer geäußert. Auch was die Absage des Besuchs einer Parlamentarierdelegation angeht, habe ich an meiner Haltung nie Zweifel gelassen. Ich hoffe, daß die türkische Seite zu einer vernünftigen Handhabung solcher Bitten kommt. Ich will darüber mit Botschafter und Generalkonsuln noch einmal sprechen.

Ich möchte einen Punkt aufgreifen von dem, was Herr Kollege Grätz gesagt hat.

Es wäre in der Tat schrecklich für den deutschen Föderalismus, wenn Ministerpräsidenten in jahrelanger Arbeit und dann mit dem Willen zum Kompromiß einen Staatsvertrag ausarbeiteten, fünfzehn Parlamente ihm zustimmten und das sechzehnte sagte nein, und zwar nicht aus Gründen, die in diesem Staatsvertrag liegen, sondern aus Gründen, die in der atmosphärischen, klimatischen, politischen Struktur dieses Landes liegen. Das ist die Gefahr bei Sachsen-Anhalt. Der Wider-

stand kam wohl, wenn ich es richtig gehört und gelesen habe, von zwei Seiten. Mein Eindruck ist, daß diese Gefahr gebannt ist. Die Auskünfte, die ich soeben aus Sachsen-Anhalt bekommen habe, lassen die Vermutung wachsen, daß Sachsen-Anhalt morgen dem Rundfunkstaatsvertrag zustimmt, so daß nach der parlamentarischen Entscheidung in Sachsen-Anhalt der Weg frei ist zur Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im dualen System. Ich halte das für einen Erfolg des Föderalismus - wenn es denn gelingt.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich möchte allen danken, die dazu beigetragen haben, auch denen, die zur Einsicht kommen oder zur Einsicht gekommen sind in Sachsen-Anhalt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Meine Informationen sind wenige Minuten alt. Ich hoffe, daß sie auf einer richtigen Beurteilung beruhen. Ich fände es gut, wenn wir dieses Kapitel positiv abschließen könnten.

Ich danke Ihnen, daß heute prozentual - angesichts der gegenwärtigen Präsenz - ganz besonders große Zustimmung zu meinem Einzelhaushalt kommen wird. Ich finde, ich kann es auch brauchen. - Schönen Dank.

(D)

(Lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung** über den Einzelplan 02 entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1602**. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. -

(Klaus Matthiesen [SPD]: Frau Hieronymi, Arm hoch! - Gegenruf der Ruth Hieronymi [CDU]: Herr Matthiesen, Sie waren doch im Hauptausschuß dabei! Ich stimme genauso ab wie im Ausschuß, Herr Vorsitzender!)

Wer stimmt dagegen? - Gibt es Enthaltungen?

(Klaus Matthiesen [SPD]: Da war eine Enthaltung!)

- War das eine Enthaltung? - Nein. Dann ist die Beschlußempfehlung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen.**